

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1928

40 (16.2.1928)

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aus-träger frei ins Haus
monatlich Goldmark 1.20
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr
Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begr. 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher abgegeben werden.
Bank-Konto:
Bereitsbank Sinsheim
e. G. m. b. H.

Nr. 40.

Donnerstag, den 16. Februar 1928.

89. Jahrgang

Neuwahlen im Mai.

Bereinbarung über das Arbeitsprogramm des Reichstages.

Berlin, 15. Febr. Am Abend traten die Fraktionsführer der Koalitionsparteien noch einmal mit dem Kabinett zu einer gemeinsamen Beratung zusammen, um den Arbeitsplan für die Erledigung der wichtigsten Gesetze vor allen Dingen des Etats auszuarbeiten. Es sollen nun von dieser Regierung und von diesem Reichstag noch verabschiedet werden: Der Etat für 1928 mit dem Nachtragset, in dem die Hilfsaktion für die Landwirtschaft enthalten ist, ferner das Liquidationsgesetz und das Ueberleitungsgesetz für die Strafrechtsreform. Die Fraktionen sollen bis Freitag abend erklären, ob sie bereit sind, an der Durchführung dieses Arbeitsplanes loyal mitzuwirken. Als späterster Termin für die Auflösung des Reichstages wird daher der 31. März angenommen. Lehnen die Parteien ab, dann soll nur noch ein Notetat bewilligt und der Reichstag sofort aufgelöst werden. Nach dieser Sitzung wurden auch die Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien von Vizkanzler Hertig empfangen und von den Beschlüssen in Kenntnis gesetzt. Im allgemeinen besteht beim Zentrum, bei der Deutschen Volkspartei und auch bei den Demokraten und Sozialdemokraten mit diesen Beschlüssen Einverständnis. Schwierigkeiten erwartet man indessen von den Deutschnationalen. Die bisherigen Koalitionsparteien sollen sich allerdings der Regierung gegenüber verpflichten, trotz der bevorstehenden Wahlen keine Agitationsanstrengungen zu stellen. Aber es wird befürchtet, daß die Deutschnationalen vor allem die Etatdebatte propagandistisch auszunutzen werden, um sie mehr, als die Deutschnationalen, da sie ihren Wunsch, die Neuwahlen bis zum Herbst zu verschieben, nicht durchdrücken konnten, alles Interesse daran haben, den Wahltermin möglichst schnell herbeizuführen. Jedenfalls steht fest, daß der späteste Termin der Neuwahlen der Mai sein wird. Es wird also bis dahin die parlamentarisch merkwürdige Situation bestehen, daß eine Regierung deren Koalition offiziell aufgelöst worden ist, die Fraktion eines parlamentarischen Kabinetts aufrecht erhält.

Die preußischen Wahlen werden mit den Reichstagswahlen zusammen stattfinden. Die preußische Regierung hat mit den Koalitionsparteien diese Frage bereits besprochen und ist zu diesem Entschluß gelangt.

Berlin, 15. Febr. Der Notenwechsel der einstmaligen Koalitionsgenossen gegeneinander geht weiter. Die deutschnationale Pressestelle gibt prompt eine Antwort auf das Kommuniqué der Deutschen Volkspartei. Diese deutschnationale Antwort legt Wert darauf, festzustellen, daß die Koalitionsparteien alles getan hätten, um die jetzige Regierungskrisis zu vermeiden. Sie stellt fest, daß Herr von Guérard namens des Zentrums seit Weihnachten wiederholt erklärt habe, daß das Zentrum die Koalition als aufgelöst betrachten werde, wenn das Schulgesetz scheitere. Die Deutsche Volkspartei habe also gewußt, womit sie zu rechnen haben würde. Im übrigen stellt die Pressestelle fest, daß die Deutschnationalen alles daran setzen würden, um die dringlichsten praktischen Aufgaben noch zu erledigen. Ferner liegt eine Auslassung einer Korrespondenz der Deutschen Volkspartei vor, worin es heißt, die Nervosität der deutschnationalen Volkspartei sei so groß, daß diese Partei täglich mehrere Male eine Erklärung nach der anderen herausgäbe, um ihre Haltung zu entschuldigen. Eine Auflösung der Koalition wegen des Schulgesetzes wäre nur gerechtfertigt gewesen, wenn das deutsche Volksschulwesen so verkommen und entartet gewesen wäre, daß nur eine sofortige Reform Hilfe bringen könnte. Endlich gibt das Zentrum noch eine Kundgebung heraus, einen Nachruf auf das Reichsschulgesetz. Darin wird nochmals das Schulprogramm des Zentrums zusammengefaßt und dann heißt es: Schon jetzt rufen wir die Wähler in Stadt und Land auf, diesen Kampf mit aller Entschiedenheit und hingebender Treue an die alten Ideale aufzunehmen.

von Anfang an ehrlich an dem Zustandekommen des Gesetzes mitgearbeitet und dabei auch stets das Ziel vor Augen gehabt, den Gesetzentwurf zu verabschieden. Dabei war es vor allen Dingen notwendig, eine Lösung zu finden, die auch vom Reichstag angenommen werden konnte. Dieser Notwendigkeit hat die Deutsche Volkspartei bei ihrer ganzen Haltung stets Rechnung getragen.

Die „Germania“ bemerkt, daß die Auffassung der Deutschnationalen auch die Auffassung des Zentrums sei. Die christlichen Eltern würden nunmehr zu beweisen haben, daß sie sich den ihr von der Deutschen Volkspartei zugeordneten Kulturabsolutismus in keiner Weise gefallen lassen wollen. Das Zentrum werde nichts unverlöhnt lassen, um für das durch die Verfassung gewährleistete Elternrecht solange einen Kampf zu führen, bis es sich durchgesetzt hat.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei zur Schulgesetzfrage

Berlin, 16. Febr. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag gibt folgende Mitteilung heraus:
„Nach Feststellung des Scheiterns der Verhandlungen über das Schulgesetz haben die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gemeinschaftlich erklärt, daß die Regierungskoalition als aufgelöst zu betrachten sei. Die Deutsche Volkspartei weiß demgegenüber darauf hin, daß die Regierungskoalition nicht allein zur Erledigung des Schulgesetzes zusammengetreten sei, sondern daß eine große Zahl von bedeutungsvollen Aufgaben von ihr bereits erfüllt sind und noch erfüllt werden müssen. Insbesondere bezieht die Verpflichtung, mindestens noch den Haushalt für 1928 mit Nachträgen, Maßnahmen zur Behebung der Not der Landwirtschaft, ein Verordnungsrecht für Kleinrentner und das Kriegsschadensrückzahlungsgesetz zu verabschieden. Angeht diese Sachlage ist die Deutsche Volkspartei der Auffassung, daß die Auflösung der Koalition und die damit verbundene Auflösung des Reichstages nicht gerechtfertigt werden kann. Sie war jedoch durch die Erklärung der übrigen Regierungsparteien in die Zwangslage verwickelt, die Kündigung zur Kenntnis zu nehmen. Bei den Verhandlungen über das Schulgesetz hat die Deutsche Volkspartei von Anfang an bereitwillig mitgearbeitet. Sie hat sich insbesondere im Rahmen der Verfassung und der Richtlinien bemüht, zu erreichen: die Erhaltung der Bekennttschule und der bestehenden Simultanen, die Wahrung des Elternrechts, die Gewährleistung des Religionsunterrichts nach den Grundsätzen der Religionsgesellschaften. Das Zustandekommen des Gesetzes ist gescheitert an dem Widerstand anderer Parteien gegen die Verankerung der verfassungsmäßigen Verankerung der Gemeinschaftsschulen; die Erhaltung der Simultanen; die Gewährleistung eines geordneten Schulbetriebes unter Ablehnung der Zertrümmerung des Schulwesens durch Konfessionsschule und weltlich und weltanschaulich eingestellte Zwergschulen; die unbedingte Sicherung der Schulhoheit des Staates. Gescheitert ist das Schulgesetz demnach an der Ueberbannung der Forderungen des Zentrums, die im Enderfolg zu einer Untergrabung der Autorität des Staates über die Schule geführt hätten, Forderungen, denen die Deutschnationale Volkspartei allzu bereitwillig Folge geleistet hat. Gescheitert ist das Schulgesetz an der Ueberbannung des Begriffes des Elternrechts, die in ihrer Auswirkung zu einer Zertrümmerung und Verschlechterung des gesamten Schulwesens und — zum Schaden der christlichen Erziehungsgründlage — zu unabsehbarer Entwicklung religiöser Weltanschauungsschulen geführt hätte. Wenn auch bei der Beratung des Schulgesetzes die idealen Fragen naturgemäß im Vordergrund standen, so dürfte doch angesichts unserer finanziellen Gesamtlage die Kostendeckung nicht außer Betracht bleiben. Die erforderliche Klärung hierüber war bis zum letzten Augenblick nicht herbeizuführen. Jetzt stand nur, daß durch die Gestaltung des Gesetzes, insbesondere durch die letzten Vorschläge der Regierung und der linken Parteien eine erhebliche Steigerung der Lasten für Reich, Länder und Gemeinden noch über die Vorlage hinaus entstanden wäre, für die eine Deckung nicht vorhanden ist.“

Der drohende Arbeitskampf.

Die Metallarbeiter geben nicht nach.

Stuttgart, 15. Febr. Der Deutsche Metallarbeiterverband, dessen Haupteinstellungen zu einer Sitzung in Stuttgart zusammengekommen waren, um zu dem Ausprägungsbeschlüssen des Gesamtverbandes der Metallindustriellen Stellung zu nehmen, hat das Ergebnis der zweitägigen Beratungen in folgender Entschlußfassung zusammengefaßt:

Die technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen haben in allen Industrien, besonders in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, außerordentliche Produktionssteigerungen gebracht. Dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen, er geht auch künftig dauernd menschliche Arbeitskräfte in großer Zahl frei, führt bei gleichbleibenden Warenpreisen und gleichbleibenden Löhnen zur Ausschaltung immer größerer Massen aus der Industrie, verhindert deren Kaufkraft und treibt zur Massenarbeitslosigkeit und zum sozialen Elend. Der Arbeitsmarkt weist seit November 1927 eine Verschlechterung auf, die nicht nur auf saisonmäßige Einflüsse, sondern mit auf die vorstehenden Ursachen zurückzuführen ist. Um diese Verschlechterung aufzuhalten und eine Besserung der Wirtschaftslage zu erzielen, müssen alle die Konjunktur günstig beeinflussenden Faktoren zur Anwendung kommen; Weitreichende Wohnungspolitik, soziale Gestaltung der Steuern, durchgreifende Maßnahmen gegen die monopolisierte Marktherrschaft, Abbau der Zölle, in erster Linie aber Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohnsteigerung, die der Produktionssteigerung entspricht. Sie ist nicht nur eine soziale Pflicht, sie ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Der erweiterte Beirat erwartet vom Vorstand, daß er Einfluss und Kraft des Verbandes dieser Pflicht und Notwendigkeit entsprechend einsetzt und erkennt die Maßnahmen an, die vom Vorstand beim Ablauf des seit März 1927 gültigen Abkommens in der Metallindustrie Mitteldeutschlands getroffen wurden, nachdem die Unternehmer jede Lohnsteigerung abgelehnt hatten und der Schlichter einen völlig unzureichenden Schiedspruch gefällt hat. Der erweiterte Beirat spricht den im Kampfe befindlichen Kollegen Mitteldeutschlands und Sachsens seine Solidarität aus.

Die neuerliche, vom Gesamtvorstand deutscher Metallindustrieller angekündigte Gesamtaussperrung der deutschen Metallarbeiter ist eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung, um dadurch den berechtigten Anspruch der Arbeiter auf Sicherung ihrer Lebenshaltung und Teilnahme an der steigenden Ertragskraft der deutschen Produktion niederzuschlagen. Diese Ankündigung der deutschen Metallindustrie ist zugleich eine Schädigung der deutschen Wirtschaft, wofür die Unternehmer die Verantwortung zu tragen haben. Der Deutsche Metallarbeiterverband sieht den Maßnahmen der Metallindustriellen mit größter Ruhe in dem Bewußtsein entgegen, daß seine Lohnforderungen berechtigt sind und zugleich im wohlverstandenen Interesse der Gesamtwirtschaft liegen. Der erweiterte Beirat erwartet, daß die Kollegen den ihnen ausgesetzten Kampf in der gleichen mustergetreuen Weise fortsetzen, bis die Unternehmer zu einem die Arbeiter befriedigenden Abfluß bereit sind. An die gesamte Mitgliedschaft richtet der erweiterte Beirat die Aufforderung, diese Zeit der zunehmenden Kämpfe zur Gewinnung der noch abwärts stehenden Metallarbeiter zu benutzen, damit dem Unternehmertum in allen Bezirken eine geschlossene organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft gegenübergestellt wird.

einer Sitzung zusammen, an der auch Vizkanzler Hertig und Reichsminister von Reudell teilnahmen. Die Sitzung war nur ganz kurz und wurde gleich wieder aufgehoben. Es wurde erklärt, daß die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz gescheitert seien.

Zu den abgebrochenen Verhandlungen des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien des Reichstages äußert die Telegraphen-Union noch folgendes: Abgeordneter von Guérard (Ztr.) stellte unter der Zustimmung der anderen Parteiführer fest, daß die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz eine Aussicht jetzt nicht bieten. Die vier Fraktionsführer werden unter Teilnahme des Vizkanzlers des Ressortministers und der drei Parteiminister im Kabinett Schädel, Brauns und Curtius um 11 Uhr im Zimmer des Reichsanzlers zu einer Sitzung zusammenzutreten, um die Frage zu erörtern, wie nun das Schulgesetz zu erledigen ist und welche politischen Folgerungen für die Koalition daraus zu ziehen sind. Abg. Graf Westarp schloß die Sitzung mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß das große Werk in diesem Augenblick nicht hat erledigt werden können. Hinsichtlich des Schicksals des Reichsschulgesetzes nannte Graf Westarp folgende Möglichkeiten, daß es entweder von der Reichsregierung zurückgezogen wird, oder daß der Ausschluß mit dieser Tagesordnung nicht mehr zusammentritt, oder daß die Entscheidung über das Gesetz in offener Feldschlacht im Reichstage fällt.

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Abg. Dr. Mumm, gab einem Pressevertreter gegenüber seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß der Kampf um das Reichsschulgesetz der erste große Kampf bei der Regierungsbildung im neuen Reichstag sein werde. Die Frage des Reichsschulgesetzes werde — nicht nur bei der Deutschnationalen Volkspartei — im Mittelpunkt der kommenden Verhandlungen stehen.

Berlin, 16. Febr. Ueber die Sitzung der Parteiführer der Regierungsparteien des Reichstages wird mitgeteilt: Um 11 Uhr fand eine Besprechung der Parteiführer der Regierungsparteien mit den Kabinettsmitgliedern über die durch den Abbruch der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz geschaffene Lage statt. Man war sich einig, daß es Sache des Reichskabinetts sei, die weiteren Beschlüsse zur Lage zu fassen. Es sei der Versuch gemacht, eine Grundlage zu finden, die die Erledigung aller dringlichen Aufgaben der Regierungsbildung ermöglicht.

Die ersten Pressestimmen

Berlin, 15. Febr. Zum Scheitern des Schulgesetzes schreibt die „Tägliche Rundschau“: „In den interfraktionellen Besprechungen des heutigen Tages ist von keiner Seite aus die Frage beantwortet worden, wer an dem Scheitern des Schulgesetzes die Schuld trägt. Die Deutschnationale Pressestelle veröffentlicht indessen eine Erklärung, in der behauptet wird, die Deutsche Volkspartei habe sich fortgesetzt im Gegensatz zu den anderen Regierungsparteien gestellt und im Laufe der Zeit eine immer unfreundlichere und unangenehmere Haltung gegen das Gesetz angenommen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird ihre Stellung — soviel wir wissen — in einer Erklärung der Öffentlichkeit darlegen. Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß die Vorwürfe, die von deutschnationaler Seite erhoben werden, durchaus unberechtigt sind. Die Deutsche Volkspartei hat

Das Reichsschulgesetz gescheitert

Berlin, 15. Febr. (Zl.) Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstages, der das Reichsschulgesetz zu behandeln hatte, trat um 10,15 Uhr zu

lehter Termin für die Auflösung des Reichstages ist der 31. März bestimmt worden. Wenn dagegen die Erledigung des genannten Arbeitsprogramms nicht möglich sein sollte, soll der Reichspräsident ersucht werden, die Auflösung des Reichstages schon vor dem 31. März anzuordnen. Diesen Abmachungen sollen die Deutschnationalen im wesentlichen zugestimmt haben. Völlige Übereinstimmung zwischen den bisherigen Regierungsparteien besteht über folgende Punkte:

Es soll eine Kontingentierung der Beratungen des Reichstages vorgenommen werden durch Beschränkung der Redezeit und Einlegung von Nachsitzungen. Ferner haben sich die Parteien verpflichtet, keine Agitationsanträge zu stellen. Wie verlautet, dürfte auch die Sozialdemokratie bereit sein, diesen Abmachungen beizutreten. Die Reichsregierung soll endlich ersucht werden, mit den Oppositionsparteien wegen der Erledigung des Arbeitsprogramms Fühlung zu nehmen.

Deutscher Reichstag

(382. Sitzung.)

Berlin, 15. Febr.

Präsident Loebc eröffnet die Sitzung um 14 Uhr.

Abg. Höllein (Komm.) ruft: Hat denn das noch einen Zweck? Als Präsident Loebc ihm erwidert, sind Sie denn so genau über die politische Lage informiert?, antwortet Abg. Höllein: Der Reichstag zeigt doch schon starken Verweigerungsgedern. Darauf erklärt der Präsident: Nun, wir wollen doch wenigstens noch den Haushalt des Arbeitsministeriums erledigen.

Die Beratung wird dann fortgesetzt beim Abschnitt „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“.

Abg. Brey (Soz.) betont, daß die Arbeitslosen meist durchaus arbeitswillig seien. Es werde ihnen aber häufig ein allzugeringer Lohn geboten. Es sei nicht recht, ihnen bei Ablehnung solcher Arbeit die Arbeitslosenunterstützung zu entziehen.

Abg. Demeter (Dn.) stellt fest, daß seit Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung sich auf dem platten Lande Zustände herausgebildet haben, die dringender Abhilfe bedürfen. Während auf der einen Seite ungeheurer Mangel an Arbeitskräften vor allem in der Landwirtschaft sich bemerkbar mache, nehme auf der anderen Seite die Zahl der Arbeitslosen auf dem Lande zu. In ländlichen Gemeinden, die vor Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung keinen einzigen Arbeitslosen hatten, treten plötzlich Arbeitslose in größerer Anzahl auf. Es ist geradezu eine Flucht aus der Arbeit. Es zeigt sich wieder, daß Gesetze, die vorwiegend auf die Verhältnisse der Industrie und Großstadt zugeschnitten sind, auf dem Lande zu Unzulänglichkeiten führen.

Abg. Kemmer (Dem.) bemängelt die Verwendung von ausländischen Wanderarbeitern durch die Großgrundbesitzer. Der Redner kritisiert die Arbeitsverträge mit den landwirtschaftlichen Arbeitern, die veraltet seien. Sie enthalten z. B. die Bestimmung, daß über Anfang und Ende der Arbeitszeit lediglich der Arbeitgeber entscheide. Die Landflucht sei besorgniserregend, aber das Arbeitslosenversicherungsgesetz könne man dafür nicht verantwortlich machen. 60.000 Arbeiter suchen vergeblich Beschäftigung in der Landwirtschaft. Dafür seien aber Zehntausende von polnischen Arbeitern in der deutschen Landwirtschaft tätig.

Reichsankenminister Dr. Brauns

bittet, bei der Statistik der Arbeitslosen die verschiedenartigen Verhältnisse zu beachten. Berlin führe zum Beispiel noch etwa 30.000 Arbeitslose, die gar nicht mehr allgemein arbeitsfähig sind. Auch alle Gelegenheitsarbeiter werden in den Listen geführt. Die Staatsanfälle für Erwerbslose waren alle nur vorläufig. Sie sind allerdings in diesem Jahr niedriger, aber aus dem Vorjahr sind erhebliche Mittel noch verfügbar. Die Schwierigkeiten auf dem Lande sind der Regierung bekannt. Für Saisonarbeiten werden höhere Löhne gezahlt. Berufsübliche Arbeitslosigkeit kann der Erwerbslosigkeit infolge von Konjunkturschwankungen nicht völlig gleichgestellt werden. Die Arbeitslosenunterstützung ist nur für Ausnahmefälle da. Berufsübliche Arbeitslosigkeit ist aber ein Regelfall. Es wird versucht werden, das Arbeitsnachweiswesen noch bis zum Herbst zu verbessern. Der Minister sagt zu, daß bei der Arbeitslosenunterstützung Härten nach Möglichkeit vermieden werden sollen.

Abg. Frau Teusch (Str.) erklärt, daß die Regierungsparteien diese Fragen zur Sprache gebracht hätten, um eine gute Auswirkung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung zu erzielen. Eine lohnwürdige Tendenz komme nicht

in Frage. Die Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung sei nicht beabsichtigt.

Abg. Reddermeyer (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie seien an der rückläufigen Tendenz der Höhe mitschuldig. Die Verze seien zu Neuenquethern herabgewürdigt worden.

Es folgt die Besprechung des Kapitels „Wohnungswesen“ in Verbindung mit dem vom Ausschuss beschlossenen Wohnungsbauprogramm.

Abg. Lipinski (Soz.) fordert ein Bauprogramm bis mindestens 1935 zur Entlastung des Wohnungsmarktes wie des Arbeitsmarktes. Für den Wohnungsbau seien Auslandsanleihen notwendig. Das vom Reichstag beschlossene Mieterschutzgesetz habe jetzt schon große Verwirrung angerichtet.

Abg. Höllein (Komm.): Die Hauszinssteuer müsse lediglich für den Wohnungsbau verwendet werden.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) fordert stärkere Beteiligung privater Bauunternehmer. Die Hauszinssteuer müsse mindestens im bisherigen Umfange bestehen bleiben. Der Redner stimmt dem vom Ausschuss beschlossenen Bauprogramm zu.

Abg. Tremmel (Str.) betont, daß der private Bauprogramm heute den Wohnungsbedarf nicht decken könne. Die Wohnungsbüchse sei in den deutschen Großstädten so hoch, daß 81 Personen auf ein Haus kommen. Das es auch anders möglich sei, zeige Bremen, wo schon auf acht Personen ein Haus entfallt.

Abg. Winnefeld (D. Sp.) verlangt völlige Objektivität bei der Verteilung der Hauszinssteuermittel. Besonders die kleinen Bauunternehmer müssten berücksichtigt werden.

Abg. Frau Dr. Küders (Dem.) befürchtet, daß Deutschland den Namen eines Kulturvolkes verliere, wenn weiterhin die Tafel besetzen bleibe, daß 1.300.000 Familien ohne eigene Wohnung sind. Bei diesem Wohnungselend sei die notwendige Folge die Kinderlosigkeit.

Abg. Hill (Dem.) betont, daß das Reichsarbeitsministerium im Einverständnis mit den großen politischen Parteien in den letzten Jahren viel mehr für den Wohnungsbau getan habe, als die Wirtschaftspartei überhaupt nur in Aussicht gestellt habe.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Donnerstag 14 Uhr verlagert. Schluß 19.15 Uhr.

Asquith †

Berlin, 16. Febr. Wie hier verlautet, ist der frühere englische Ministerpräsident Lord Oxford Asquith gestern morgen um 8 Uhr gestorben.

Wieder ist einer der Vorkriegspolitiker gestorben, der bei Ausbruch des Krieges an leitender Stelle stand. Herbert Henry Asquith, der 1925 zum Grafen von Oxford erhoben wurde, war am 12. September 1852 in Morley geboren worden, stand also im 76. Lebensjahr. Als junger Rechtsanwalt trat er in die Politik ein, um mit vierzig Jahren Staatssekretär des Innern unter Gladstone zu werden. Als die Liberalen 1905 wieder zur Regierung kamen, wurde er Schatzkanzler unter Campbell-Bannermann, um nach dessen Tode selbst Premierminister zu werden. Er war von 1908 bis 1916 Ministerpräsident, überließ allerdings die Führung der auswärtigen Politik vollständig Lord Grey und fand auch im Kriege nicht die richtige Haltung, so daß er von dem redegewandteren Lloyd George un schwer verdrängt werden konnte.

Die Steglitzer Schülertragödie

Der fünfte Tag der Steglitzer Schülertragödie.

Berlin, 16. Februar. In der gestrigen Verhandlung gibt der Vorsitzende eine Zusage des Reichsleiterbundes bekannt, in der Wünsche mit Bezug auf das Maß der Presseberichterstattung zum Ausdruck gebracht werden. Staatsanwalt Steinbeck fragt dann, ob es richtig sei, daß nach Schluß der gestrigen Verhandlung der Angeklagte in einem Café erschienen sei. Er hält das zur Charakterisierung des Angeklagten für wichtig. Der Vorsitzende erklärte, er erwidere private Angelegenheiten nicht gern in der Verhandlung, das sei Geschmackssache. Der Staatsanwalt verzichtet sodann auf die Beantwortung dieser Frage. Das Gericht geht dann zur Vernehmung der Sachverständigen über und hört zunächst Medizinalrat Dr. Sommerich, der die Obduktion von Hans Stephan und Günther Scheller vorgenommen hat.

Dieser führte aus, daß Hans Stephan durch zwei Schüsse in den Kopf getötet worden ist. Bei Günther Scheller sei der Tod durch einen Schiffschuss eingetreten. Bei Günther Scheller spreche alles dafür, daß es sich um einen Selbstmord handelt; denn die Waffe sei dicht an die Schläfe gedrückt worden, das Pulver habe große Brandflecke auf der Haut hinterlassen. Ein Schießsachverständiger schließt aus schiedsmässigen Erwägungen, daß bei Günther Scheller Selbstmord vorliege. Der Oberlehrer im Untersuchungsge-

fängnis, Seemann, der den jugendlichen Untersuchungsgefangenen Unterricht erteilt, führte unter anderem aus: Als er Paul Krantz im Untersuchungsgefängnis zum ersten Male sah, habe er sich in einer sogenannten „schweren Zelle“ befunden, einer Zelle, in die nur Schwerverbrecher gedrückt werden. In dieser Zelle habe sich keine Bettstelle, sondern nur eine Pritsche befunden. Paul Krantz habe zu seinen allerbesten Schülern gehört. Nachdem er lange Zeit vergeblich verucht habe, in das Wesen des Angeklagten einzudringen, habe sich dieser schließlich ihm erschlossen. Er habe gefunden, daß Krantz ein sehr schwanzendes Selbstbewußtsein habe. Er mache zunächst den Eindruck eines überheblichen Menschen. In Wirklichkeit sei er aber von einem sogenannten Minderwertigkeitsgefühl befallen, das seinen Grund in gewissen körperlichen Eigenschaften habe.

Dieses Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den Kameraden, das Gefühl, ihnen nicht gleichwertig zu sein in einer sehr wesentlichen zentralen Angelegenheit, hat das Gleichgewicht bei ihm labil werden lassen. Durch Ueberheblichkeit wolle er dieses Minderwertigkeitsgefühl unterdrücken und verdecken. Dazu gehört auch sein Rememrieren über seine angebliche Trinkseligkeit. Paul Krantz ist eine Persönlichkeit von höchstem Wert, aber diesem Mann von Wert fehlt die Willenskraft. Anlässlich einer Frage des Staatsanwalts kommt es wieder zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger. Rechtsanwalt Dr. Frey fragt den Zeugen Seemann: „Hat Sie nicht die Frage des Vertreters der Anklage gewundert?“ Der Vorsitzende unterbricht: „Was sollen denn wieder die Fragen?“ Der Verteidiger (erregt): „Herr Vorsitzender, ich muß dringend bitten, mich nicht dauernd zu unterbrechen. Sie können ja meine Fragen beantworten, aber Unterbrechungen lasse ich mir nicht gefallen.“ Vorsitzender: „Sie belächeln einen Ton anzuschlagen, der im Gericht nicht üblich ist.“ Rechtsanwalt Dr. Frey: „Ich muß Ihnen sagen, daß Sie ein Betragen an den Tag legen, das sich einem Verteidiger gegenüber dem Vorsitzenden (sehr erregt): „Sie werden noch ungehöriger!“ Rechtsanwalt Dr. Frey (ebenfalls mit erregter Stimme): „Ich verbitte mir das Wort ungehörig.“ Vorsitzender: „Ich werde in Erwägung ziehen, ob man Ihnen das Wort noch gestatten kann.“ Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Nach kurzer Pause erklärt der Vorsitzende: „Das Gericht läßt Ihre Frage nicht zu, weil sie nicht zur Sache gehört. Im übrigen bin ich ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß das Gericht höchst empört ist über den Ton, der hier seitens der Verteidigung gegenüber dem Gericht angeschlagen worden ist.“ Rechtsanwalt Dr. Frey: „Der Vorsitzende hat ausgedrückt, daß er dem Verteidiger das Wort entziehen will. Hat sich das Gericht darüber schlüssig gemacht?“ Vorsitzender: „Das Gericht wird sich zur gegebenen Zeit darüber schlüssig werden.“ Rechtsanwalt Dr. Frey: „Ich behalte mir weitere Erklärungen in dieser Angelegenheit vor.“

Medizinalrat Dr. v. Mahrenholz erklärte u. a.: Als die Briefe geschrieben wurden, standen Günther und Krantz sehr unter erhöhtem Alkoholbepressungsgefühl. Die Selbstmorde, verbunden mit der Erstickung der anderen, war nur Jongliererei. Für die Zeit der Tat selbst am Morgen kann allerdings von dem Mordanschlag nicht mehr gesprochen werden. Paragraph 51 kommt also hier nicht in Betracht. Zu der Zeit um 3 Uhr nachts, in der die Briefe geschrieben wurden und die Verabredung erfolgte, muß allerdings der Paragraph 51 zur Anwendung kommen.

Sachverständiger Professor Cramer, Leiter der Poliklinik für Nervenerkrankheiten, hob hervor, daß der Charakter von Krantz eine gewisse Willkürlichkeit bedingte.

Professor Cramer, ordentlicher Professor an der Universität Berlin, erklärte u. a., die Gedächtnis des Krantz wunten keineswegs als der Ausdruck immer realen Lebens angesehen werden. Der jugendliche Mensch stehe dem Tode immer wesentlich näher als der reife. Derartige Selbstmordgedanken seien keineswegs eine anormale Erscheinung. Was in der Mordnacht geschehen sei, könne man nicht unter den Begriff eines „Planens“ bringen. Gerade die Zuspitzung des Mordplanes beweise, daß es eine Art von Theater war. Es sei — so betonte der Sachverständige — beinahe unmöglich, die Psyche der Jugend irgendwie in Uebereinstimmung zu bringen mit der Fassung eines juristischen Paragraphen. In den wichtigsten Situationen habe sich der Angeklagte außerordentlich langsam gezeit.

Im Anschluß an die Vernehmung des Sachverständigen, Professors Cramer, hat Rechtsanwalt Dr. Frey um eine kurze Pause, damit er Stellung nehmen könne zu der ihm vom Gericht vorher ausgesprochenen Mißbilligung. Nach dieser Pause gab Rechtsanwalt Dr. Frey eine Erklärung ab, in der er den Beschluß des Gerichts für unnützig und geeignet bezeichnete, eine Schärfe in die Verhandlung zu tragen und ihn vor den Augen der Öffentlichkeit herabzulegen. Die ihm ausgesprochene Mißbilligung sei zugleich eine Herabsetzung der Würde des ganzen Anwaltschafts und er sei unter diesen Umständen nicht in der Lage, die Verteidigung noch weiter zu führen. Rechtsanwalt Dr. Frey verließ darauf den Sitzungssaal. Der Vorsitzende verlagte die weitere Verhandlung zunächst für 1 1/2 Stunden. In der Zwischenzeit will man sich über die Bestellung eines neuen Verteidigers bzw. eines Offizialverteidigers schlüssig werden.



„Sohr der Knecht“ ROMAN VON ARNO FRANZ

„Sehr gut! — Aber nun zum Geschäft. Ich habe Sie zu untersuchen. Bitte wollen Sie den Oberkörper frei machen.“ Sohr tat es und der Arzt trat mit dem Stethoskop an ihn heran. „Was ist denn das?“ frug er und zeigte auf Sohrs verbundenen Arm. „Eine Brandwunde, Herr Doktor.“ „Na nu, wie kommen Sie dazu?“ Sohr erzählte den Hergang. Währenddessen wickelte der Arzt die Wunde ab. „Schön sieht das nicht aus,“ sagte er, als er die handteller-große Wunde sah. „Sie müssen doch empfindliche Schmerzen haben?“ „Die sind zu ertragen, Herr Doktor.“ „Diel!“ — wiederholte der Arzt — „und die anderen?“ „Auch,“ sagte Sohr und tauchte seinen Blick tief in den des Arztes. Bis zur Beendigung der Untersuchung wurde nicht mehr gesprochen, und während der Arzt den Befund in ein Buch notierte, kleidete sich Sohr an. Der Wunde wegen ging es nur langsam. Dann wendete sich der Doktor dem Wärter zu: „Sohr ist jeden Tag um diese Zeit zu mir zu bringen. — Die Wunde ist nicht belanglos.“ „Sehr wohl, Herr Doktor.“ „Damit war die Konsultation zu Ende.“ — In einem grauenvollen Einzelzimmer gingen die Tage hin. Der Staatsanwalt schien ihn vergessen zu haben. Er fühlte sich lebendig begraben und verbrachte in dumpfem Hindrücken seine Zeit. Aber eines Morgens pochte doch das Draußen an seine Tür. Ein kurzer Brief von Fräulein Kerst wurde ihm in die Hand gereicht. Sie schrieb: „Nicht verzeihen! Es ist immer noch nach einem Winter ein Frühling gekommen. — Man denkt Ihrer in Liebe und Achtung. Clausmann spricht den ganzen Tag von Ihnen und kann sich mit Voigt, der wieder

hier ist, gar nicht bescheiden. Ich finde es übrigens sonderbar, daß man ihn wieder anstellt, heut umfomehr, als ich im Vorbeigehen, hörte: Familie Kaden wolle Sie durch einen Besuch erfreuen.“

Diese kurzen Zeilen, die Sohrs Hand entglitten, flatterten zu Boden. Sie brachten ihm erst wirklich zum Bewußtsein, wo er sich befand und was er war.

Durch einen Besuch erfreuen! — Nur das nicht! Nur keinen Besuch. Nieber Zuchtshaus ein ganzes Leben lang als auch nur eine einzige Sekunde Bretterverschlag im Beisein anderer!

Wie hatte er im Leben gesehen. Graufiges und mehr als das. Er hatte ja vier Jahre Krieg hinter sich. Er hatte eine Frau verloren, seinen Besitz und seine Heimat. Es gab nicht viel Schlimmes mehr, das ihn noch betreffen konnte — aber das Bild von heute vormittag, das sich ihm bot, als er vom Arzte kam, war doch das Erschütterndste gewesen bisher.

Hinter der grau gestrichenen brusthohen Bretterwand des Besuchszimmers hatte ein Gefangener gestanden und diesseits dieser Wand eine Frau, die hatte ein Mädchen auf dem Arm getragen und einen größeren Knaben an der Hand gehalten. Das waren Vater, Mutter und Kind gewesen.

Der Knabe hatte mit einem Gesichte zu diesem — seinem — Vater aufgesehen, das Sohr sein Lebtag nicht vergessen würde. Angst und Erbarmen und Schmerz und Enttäuschung und hundert andere Gefühle und Empfindungen hatten auf diesem Gesichte gestanden. Ueber die Wangen waren dem Kleinen die Tränen getropft. Sein Weinen war lautlos gewesen, nur um den Mund hatte es gezuckt im bitteren Beh.

Und bei diesem Besuche hatte das unerbittliche Gesicht ein Bild des Vaters in die Seele seines Kindes gezeichnet, das in alle Ewigkeit nicht wegzuwischen war. Frau Justitia, die Strenge, die diesen Besuch gestattet hatte, hatte aus Menschlichkeit ein Verbrechen an diesem Knaben begangen, wie es der Vater folgenschwerver nicht begangen haben konnte.

Und als Sohr an den Bierern vorübergegangen war, hatte der Mann, der hinter der Wand stand, in Zerknirschung sein Gesicht abgewendet und die Frau aus Scham den Blick gesenkt. Da hatte Sohr dem Manne zugerufen: „Du solltest

deine Sehnsucht erschlagen und wenn du dein Herz zertreten müßtest“ und der Frau: „Nie mehr sollten Sie in dieses Haus kommen, nie mehr, wenn Sie Ihre Kinder lieb haben.“

Und der Mann hinter der Wand hatte geantwortet: „Hast recht, Kamerad. Geh heim, Ida, geh — laß — mich — allein.“ Und die Augen waren ihm feucht geworden und mit seinen zerarbeiteten Händen hatte er dem kleinen Ding, das die Mutter auf dem Arme trug, lieblosend über das blonde Haar gestrichen. —

Nein, keinen Besuch! Hier nicht! Niemals, und wenn Herzen in Schmerzen zerbrechen müßten. Die hier sind, stehen jenseits jeder Gemeinschaft.

Und Sohr schrieb an Fräulein Kerst:

„Vielen Dank für Ihr freundliches Bedenken — aber um Gottes willen keine Besuche! — Sagen Sie bitte Familie Kaden, ich würde mich weigern sie zu sehen. Ich könnte mich nicht selbst entehren und wolle nicht in einem Raum gesehen werden, in dem das Mittelalter wieder lebendig geworden sei. Ich könne einen Besuch nicht als Ehrung betrachten, sondern müsse ihn als Demütigung ansehen — Ich will und muß bis zur Entscheidung tot sein für alles, was außerhalb dieser Mauern geschieht. Und für alle Fräulein Kerst! Das werden Sie verstehen, die Sie mich kennen. — Grüßen Sie Clausmann von mir und den alten Hannjörg. Den — alten — Hannjörg! Herzlichst Ihr Sohr.“

Bierzehn endlos lange Tage sah Sohr nun schon in seiner Zelle. Da wurde er wieder einmal zur Untersuchung geführt. Diesmal aber schritt man „drüben“ nicht zwei Treppen empor, sondern blieb im Erdgeschoß.

„Ihre Sache liegt jetzt beim Untersuchungsrichter,“ sagte der Wärter „nun geht es schneller.“

Auf dem bekannten kleinen Türschild las Sohr: „Dr. von Baumann.“ Bon, dachte er und Doktor? Der wird noch arroganter sein, wie jener andere, sah sich aber angenehm enttäuscht, als er dem Dr. von Baumann gegenüberstand.

Der bat ihn sogar, entgegen aller Vorsicht, Platz zu nehmen. — Er sprach leise — in seiner Stimme lag eine wohlthuende Wärme — und sprach wie ein Freund zum Freunde.

Gutes zu bieten versteht, ist der Unterhaltungsabend des vergangenen Sonntags ein glänzender Beweis.

Wammthal-Neilsheim, 16. Febr. (Hohes Alter.) Der alte Waldhüter Bernhard Schmitt beging gestern im engsten Familienkreise seinen 85. Geburtstag.

Sachsenheim, 16. Febr. (Ein schweres Autounglück.) Auf der Landstraße zwischen Wöblingen und Sachsenheim kam es zu einem schweren Zusammenstoß zweier Automobile beim Ueberholen.

Manuheim, 16. Febr. (Freiwilliger Tod.) Am Montagabend wurde auf dem Waldhof ein 54 Jahre alter verheirateter Maurer auf dem Speicher seiner Wohnung erhängt aufgefunden.

Bierenheim bei Weinheim, 16. Febr. (Eine Liebestragödie jugendlicher.) Nach kurzer Auseinandersetzung gab ein 17jähriger Liebhaber auf seine Geliebte einen Schuss ab.

Karlruhe, 16. Febr. (Selbsttötung.) Dienstagabend hat sich ein in der Südweststadt wohnhafter alleinlebender 58jähriger Schlosser in seiner Wohnung eingeschossen.

Egersweier bei Offenburg, 16. Februar. (Selbstmord.) Der 23jährige Weber Otto Kofler hat sich vorgestern Abend in seiner Wohnung mit einem kleinen Kalibergewehr in den Kopf geschossen.

Burlheim (Kaiserstuhl), 16. Februar. (Ertrunken aufgefunden.) Wie vor einiger Zeit berichtet wurde, wurde der nach Amerika ausgewanderte 26 Jahre alte Hermann Probit nach einem Besuch auf einem deutschen Schiff in New York vermisst.

Freiburg, 16. Februar. (Festgenommen.) Es wurde bereits berichtet, daß der Geschäftsführer der Weintraufhandlung Kraft in Schallstadt, Bernhard Lohed, nach Wechelschlagungen und Unterschlagnungen flüchtig gegangen war.

Zum Felsabsturz im Taunus

Frankfurt, 16. Febr. Zu dem Absturz eines Felsblockes in dem Taunusnördlichen Idstein wird noch berichtet: Das Rathaus in Idstein steht bekanntlich auf einem Bogen, unter dem die Straße Wiesbaden-Eich-Frankfurt bzw. Wülfingen durchfährt.

Das Unwetter an der französischen Westküste.

Paris, 16. Febr. Nach den letzten Unwetternachrichten wütet an der Küste von Breft bis Lorient ein fürchterlicher Sturm.

Rörung von Privathengsten.

Für den bei Hengsthalter Bitterich in Eppingen aufgestellten Kaltbluthengst "Nemo" wurde für das Jahr 1928 ein Körtschein ausgestellt.

Bekanntmachung.

Nach Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 29. September 1927 (Reichsgesetzblatt I, Seite 312) gilt für Beschäftigungsverhältnisse, die beim Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach der Fünften Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosgenüßer vom 18. Januar 1926 oder der Achten Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosgenüßer vom 24. März 1927 befristet sind, die vor dem 1. Oktober 1927 erlassene Befreiungsangelegenheit als Befreiungsangelegenheit im Sinne des Gesetzes.

Heidelberg, den 14. Februar 1928. Arbeitsamt Heidelberg.

schwemmt und die Bege völlig unter Wasser, so daß der Verkehr nur noch auf Bahnen aufrecht erhalten werden kann.

Das Freilassungsgesuch des Wiener Bankiers Blumenfeld vom französischen Gericht verworfen.

Paris, 16. Febr. Die Anklagekammer verwarf das Freilassungsgesuch für den Wiener Bankier Joseph Blumenfeld, die Finanzleute Simon und Boris Toobini, dem Industriellen de Fallois und den früheren Konsul Vacaze, die bekanntlich alle in die Angelegenheit der ungarischen Falschfälschungen verwickelt sind.

Die Ehrenlegion gegen Demartial.

Paris, 16. Febr. Vor dem großen Rat der Ehrenlegion schwebt augenblicklich ein Ausschlußverfahren gegen den früheren Unterdirektor im französischen Kolonialministerium, George Demartial, der in der Nachkriegszeit als politischer Schriftsteller hervorgetreten ist.

Englische Fliegererfolge.

London, 16. Febr. Die britische Zivilluftfahrt konnte am Dienstag zwei bemerkenswerte Erfolge verzeichnen. Der australische Fliegerkapitän Dinkler landete am Dienstag in Karaci in Indien.

Sir Allan Cobham beendete am gleichen Tage seinen Flug vom Victoria-See in Uganda nach Chartum und zurück, insgesamt 2700 Meilen, in dreieinhalb Tagen.

Beben unter See.

London, 16. Febr. Wie aus Fremantle berichtet wird, teilte der Dampfer "Nooltan" mit, daß er am 7. Februar südlich des Äquators ein schweres Untermeerbeben feststellte.

Marktberichte.

Schweinemarkt in Bruchsal vom 15. Februar 1928. Angefahren wurden: Milchschweine 42, Käufer 29. Verkauf wurden: Milchschweine 40, Käufer 26.

Biehmarkt. Großvieh Stück 100, Kleinvieh Stück 43, Kälber Stück 18.

Karlsruher Produktenbörse vom 15. Februar. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Am Weizenmarkt ist eine leichte Besserung eingetreten. Auch das Mehlgeschäft zeigt eine leichte Besserung.

Neueste amtliche Kurse

Table with multiple columns listing various financial data, including exchange rates and prices for different goods and services.

Radio-Programm

für Freitag, den 17. Februar 1928.

- List of radio programs for Friday, February 17, 1928, including stations like Berlin, Breslau, Frankfurt, Hamburg, Köln, Königsberg, Leipzig, München, Stuttgart, Daventry, Paris, Wien, Zürich, and Prag.

Advertisement for E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. E., featuring a watch image and contact information.

Radio-Literatur, Programm-Zeitschriften bei J. Voll, Buchhdlg., Sinsheim.

Wetterbericht. ** Karlsruhe, 15. Februar. Das abnorm milde Wetter hielt auch gestern bei uns an.

AUTO Gelegenheitskäufe advertisement listing various car models and prices, including Opel, Bugatti, Benz, Peugeot, and Fiat.

Mütterberatungsfunde and Braumellin advertisements. Includes an image of a woman and a glass of beer.

Statt Karten! ARTHUR GLÜCK HEDWIG GLÜCK advertisement for a wedding, and Mars-Motorrad and Bienen-Honig advertisements.